

Über 20.000 Demonstranten fordern höhere Privatschulzuschüsse

Bei einer der größten Demonstrationen der letzten Zeit in Stuttgart forderten am 19. Januar 2010 über 20.000 Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer freier Schulen eine Erhöhung der Zuschüsse für die freien Schulen. Veranstaltet wurde diese Demonstration von der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen Baden-Württemberg, in der die katholischen und evangelischen Träger, die Waldorfschulen und die Landeserziehungsheime sowie die Schulen des Verbandes Deutscher Privatschulverbände vertreten sind.

Hintergrund der Demonstration, über die in allen Medien berichtet wurde, war die besorgniserregende Entwicklung der Zuschüsse für die freien Schulen, die sich – belegt durch die Zahlen des Landes Baden-Württemberg – immer weiter nach unten bewegen und mittlerweile bei den Gymnasien nur noch einen Kostendeckungsgrad von ca. 76 % erreichen. In der Koalitionsvereinbarung ist ein Wert von 80 % der Kosten eines staatlichen Schülers als Zielmarke festgeschrieben. Die in diesem Zusammenhang von den Koalitionspartnern als Voraussetzung angenommene Verringerung der Schülerzahlen an freien Schulen wurde seitens der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen Baden-Württemberg von Anfang an als falsche Annahme angesehen und so auch der Politik zurückgemeldet. Leider wurde auf diese Intervention nicht reagiert, obwohl die rückgängigen Schülerzahlen im staatlichen Bereich durchaus die Umschichtung von Mitteln ermöglicht hätte.

Landesarbeitsgemeinschaft der Freien
Waldorfschulen Baden-Württemberg e.V.





Landesarbeitsgemeinschaft der Freien
Waldorfschulen Baden-Württemberg e. V.

So müssen wir leider nüchtern feststellen, dass wir von den zugesagten 80 % Zuschuss auf der Basis der Kosten des staatlichen Schülers (100 %) inzwischen weiter entfernt sind, als seinerzeit, als diese Zusage von den Regierungsfractionen des baden-württembergischen Landtags formuliert wurde.

Da seit dem Jahr 2000 im gymnasialen Bereich keinerlei strukturelle Erhöhung mehr erfolgt ist, jedoch erhebliche verteuernde Faktoren die Kosten für den gymnasialen Schüler in die Höhe getrieben haben (G8, Senkung des Klassenteilers, Leitungszeit, Energiekosten usw.) wird die Situation für gymnasiale Schulträger immer schwieriger.

Sowohl der seinerzeitige Kultusminister Helmut Rau als auch der jetzige CDU-Fraktionsvorsitzende Peter Hauk haben betont, dass sich das Land nicht von der Zielmarke 80 % verabschieden wird. Zur Sicherung der Existenz sind die freien Schulen jetzt über diese Absichtserklärungen hinaus auf einen spürbaren Erhöhungsschritt der Zuschüsse angewiesen. Die freien Träger werden diese Frage auch in den Landtagswahlkampf einbringen.

Das Land spart durch die freien Schulträger ebenso wie die Kommunen erhebliche Mittel. Der Staat darf aber auch in finanziell schwierigen Zeiten das freie Schulwesen im Vergleich zum staatlichen Schulwesen nicht immer stärker benachteiligen, zumal die Eltern unserer Schüler mit ihren Steuermitteln das staatliche Schulwesen mitfinanzieren, ohne diese Leistungen in Anspruch zu nehmen.

Dietfried Scherer